

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

9.4.1865 (No. 85)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 9. April.

N. 85.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 8. April

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben, dem von des Prinzen Wilhelm von Baden, Großherzoglicher Hoheit, geäußerten Wunsche entsprechend, das Fräulein Emma von Mollenbeck zur Hofdame Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm gnädigt zu ernennen geruht.

Karlsruhe, den 8. April.

Durch Allerhöchste Ordre vom 6. d. M. wird dem Generalmajor von Böck, Direktor des Kriegsministeriums und Bundes-Militärbevollmächtigter in Frankfurt a. M., die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis erteilt, das ihm von Seiner Majestät dem König von Württemberg verliehene Großkreuz des Friedrichs-Ordens anzunehmen und zu tragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Apr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 15 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. a) Die Ertheilung der Apothekerlicenz an Karl Deetken von Rohrbach betreffend. b) Die Zuteilung der Gemeinde Robern zu dem Amts- und Amtsgerichts-Bezirk Mosbach betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums. Die erste diesjährige Gewinnziehung des Lotterieleihens der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 21. v. M. der pensionirte kath. Pfarrer A. Schwarz in Waldbrunn; am 28. v. M. der Stiftungsverwalter Fr. Beck zu Bruchsal; am 30. v. M. Major Ludwig v. Seldeneck vom Armeekorps; am 1. d. M. Rechtsanwalt Fr. S. Derndinger zu Ettlingen.

Frankfurt, 7. Apr. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 6. Apr.

Von der königl. bayerischen Regierung ward die Mittheilung gemacht, daß sämtliche von der Nürnberger Kommission vorgeschlagene Zusätze zu der allgemeinen Wechselordnung Gesetzeskraft erhalten hätten; es wird dabei die Bereitwilligkeit ausgesprochen, alle weiteren Aenderungen der Wechselordnung nur auf dem bisher befolgten Wege übereinstimmend einzutreten, zu lassen. Die königl. württembergische Regierung erklärte sich bereit, auf die von dem Reichstag Sachsen beantragten weiteren Verhandlungen über ein allgemeines Gesetz gegen den Nachdruck einzutreten, und befaßt sich vor, dabei allenfalls noch Anträge zu stellen. — Für Kurhessen ward die Anzeige ertheilt, daß der seitiger dortseitige Bundes-Militärbevollmächtigter, Oberstleutnant v. Bischoffshausen, abberufen und durch den Major v. Meyerfeld ersetzt worden sei. — Von dem Militärauschuß ward wegen der Artillerieausrüstung in Eurenburg berichtet, und der defallige motivirte Antrag zum Beschluß erhoben. — Ein Vortrag des handelspolitischen Ausschusses betraf die Einföhrung gleichen Maßes und Gewichts und darauf bezügliche vorläufige Maßnahmen. — Einem vormaligen Marinebeamten wurde eine Unterstützung bewilligt.

Karlsruhe, 2. Apr. (Wintervorlesung. Fortsetzung.)

Die ältesten Nachrichten über derartige, freilich noch mangelhafte Beobachtungen, besitzen wir von den Chinesen aus dem 11. Jahrhundert vor Christus, wo der kaiserliche Prinz Tschu-Kong die Lage der scheinbaren Sonnenbahn gegen den Horizont seiner Hauptstadt durch die größte und kleinste Mittagshöhe des Gnomons bestimmte. Man benützte damals schon die Wasseruhr zur Zeitmessung und hatte eine gewisse Fertigkeit im Vorhersagen der Tage, an welchen Finsternisse eintreten sollten. Es gibt nämlich in der Wiederkehr der Mondfinsternisse eine annähernd richtige Periode von 18 Jahren und 10 Tagen, innerhalb deren sie in derselben Reihenfolge und Größe wieder eintreten. Durch ihre fortgesetzten Aufzeichnungen hatten sie dieselbe entdeckt und zu kurzen Vorherverkündigungen benützt. Für die Sonnenfinsternisse erleidet allerdings diese Regel durch die veränderliche Höhe der Sonne und des Mondes häufige Ausnahmen; aber dennoch konnte jene Periode dazu dienen, die nahe Möglichkeit einer Sonnenfinsternis vorherzusagen. Diese Vorhersagungen waren aber bei den Chinesen ein wichtiges Amt, weil alle Himmelserscheinungen nach ihren Begriffen in direkter Beziehung zu dem Reiche der Mitte standen. Wie wenig ausreichend übrigens dieses Mittel war, zeigen schon die Fälle, wo unangemeldete Finsternisse in China eintrafen, ein Unglück, welches stets der kaiserliche Astronom mit dem Kopfe zu büßen hatte. Dieser Umstand, sowie der Mangel mathematischer Kenntnisse und einer jeden wissenschaftlichen Theorie, mag die horigen Astronomen veranlaßt haben, ihr gefährliches Handwerk den eingewanderten Jesuiten zu überlassen.

Einen etwas höhern Standpunkt des astronomischen Wissens erreichte der zu Babylon anässige Priester- und Scherfmann der Chaldäer, welche Jahrhunderte lang die Bewegungen von Sonne, Mond und Planeten beobachteten, welche die Periode in der Wiederkehr der Mondfinsternisse mit Sicherheit erkannten und selbst einen Versuch zur genaueren Entwicklung des Mondlaufes machten, der nicht ohne Einfluß auf die

Entwicklung der griechischen Mondtheorie geblieben ist. Die Resultate ihrer Beobachtungen sind durch Alexander des Großen Begleiter und Nachfolger in die Hände der Griechen gelangt, und noch jetzt ist eine Anzahl babylonischer Beobachtungen vorhanden. Die frühesten derselben fallen in das Jahr 720 vor Christus und sind noch jetzt von Wichtigkeit für die Kenntniß der langsamen Verkürzung der Umlaufzeit des Mondes.

Bei den indischen Brahmanen weisen viele mathematische und astronomische Elemente auf ihre Bedeutung in diesen Gebieten hin; was ihnen jedoch die höchste Bedeutung für die Fortbildung der Wissenschaft gibt, das ist die Auffindung unseres desabischen Zahlensystems. Durch dieses waren die Wiedererwecker der Astronomie im Abendlande den Griechen gegenüber in einem kaum hoch genug anzuschlagenden Vortheile.

Die Astronomen der alten Ägypter haben uns zwar keine Beobachtungen aus sehr frühen Zeiten hinterlassen, die den Leistungen der Chinesen und Chaldäer gleichkämen; doch liefern einzelne ihrer chronologischen und astronomischen Einrichtungen den Beweis für ihre Kenntniß der Bewegungen der Himmelskörper, welche überdies durch den Mund der von ihnen zur Astronomie angeregten Griechen bezeugt wird.

Durch die Griechen wurde der große geistige Fortschritt vollzogen, zu dem der Fleiß der früheren Jahrhunderte die Vorbereitungen geliefert hatte. Der Uebergang der angeammelten Thatfachen war zu den Fortschritten dieser eben so notwendig, wie später die griechische Astronomie für die Neuzeit. Die Griechen hatten nicht den ruhigen, ersten Sammelgeist der babylonischen und ägyptischen Priester; aber ihre Phantasie war leicht beweglich, ihre Art zu denken und zu philosophiren jugendfrisch. Sie wollten die Thatfachen verstehen und wurden so die Schöpfer der eigentlichen Wissenschaft; sie thaten den hochwichtigen Schritt von der Kenntniß der Phänomene zu einer, wenn auch unvollkommenen, Erkenntniß derselben. Eine geistige Regsamkeit befaßigte die Griechen schon frühe zu fähigen wissenschaftlichen

Abstraktionen, deren Erfolge nicht ausblieben, wenn ihnen durch die nüchternere Erfahrung die sichere Grundlage geschaffen wurde. Eine der frühesten und fähigsten derselben ist die Lehre von der Kugelgestalt der Erde. Die Chaldäer hatten schon in den Mondfinsternissen den Schatten der Erde erkannt; die Phönizier sahen auf ihren Seefahrten nach dem Norden die nördlichen Sterne mit den entfernten Bergen aufsteigen und die südlichen untergehen; sie sahen den ringsum scharf abgeschliffenen, vom Schiff überall gleichweit abtiefenden Meeresshorizont, aber wir wissen nicht, welche Folgerung diese Völker aus den genannten Thatfachen, die nur eine Erklärung zulassen, gezogen haben. Gewiß ist es jedoch, daß die Griechen diesen Gedanken zuerst in streng wissenschaftlicher Form ausgesprochen haben; ja, sie stellten an verschiedenen Stellen Messungen über die Krümmung und Größe des Erdkörpers an und erdnueten so die wissenschaftliche Prüfung der Annahme der Kugelgestalt.

Weiter fortschreitend auf der Bahn der Weiterklärung, faßten die griechischen Philosophen die Stellung der Erde unter den Gestirnen in's Auge. Die meisten verfehten sie in den Mittelpunkt der Sterne, welche sie nach ihrer Meinung im täglichen Umlauf umkreisten; die pythagoreische Schule aber, geleitet durch ihre schönen Entdeckungen in Geometrie und Arithmetik, bildete ein dem Philolaos zugeschriebenes philosophisches System aus, welches eine höhere Harmonie forderte und in welches die bevorzugte Stellung der unvollkommenen dunkeln Erde nicht paßte. Sie dachten sich in der Mitte der Welt ein Centralfeuer, um welches sich die Erde, sowie die Sonne, der Mond und die fünf damals bekannten Planeten, bewegen sollten. Dies war der erste Keim einer neuen Wahrheit, welcher sich in der Folge weiter entwickelte.

In Betreff Gutschow's, sagt ein Theaterblatt, liegt uns ein Brief seiner Gattin vom 29. März vor, welcher schließlich sagt: „Ich bin glücklich, hinzuzufügen zu können, daß alle Aussicht vorhanden ist, den theuern Kranken in einiger Zeit ganz hergestellt zu sehen.“

worden von Preußen folgende Aeußerung zu Protokoll gegeben: „Preußen. Vorerst darf der Gesandte nicht unterlassen, gegenüber von einzelnen, bei der Abstimmung selbst erfolgten Erklärungen seiner allerhöchsten Regierung die ihr etwa nöthig erscheinenden Verwahrungen und Gegenerklärungen vorzubehalten. Insbesondere muß er schon jetzt die in der königl. sächsischen Abstimmung enthaltene Unterstellung, als spreche das königl. preussische Kabinet, indem es eine gleichmäßige Prüfung aller Erbansprüche fordert, der Bundesversammlung damit ein Recht auf endgiltige Entscheidung über dieselbe zu, ausdrücklich zurückweisen. Dagegen kann der Gesandte, mit Bezugnahme auf die so eben nach der Abstimmung abgegebene Erklärung der kaiserl. österreichischen Regierung, schon jetzt dasjenige, was in jener Erklärung über den thatsächlichen Verlauf der Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Preußen und Oesterreich mitgetheilt worden ist, auch seinerseits nur bekätigen und Namens seiner allerhöchsten Regierung zugleich deren Bereitwilligkeit ausprechen, die bisherigen Verhandlungen zu weiterer Verhandlung fortzusetzen. Daß die königl. Regierung auf der in diesen Verhandlungen vertretenen Ansicht von der Unerlöschlichkeit der Prüfung der Rechtsfrage beharren wird, hat der Gesandte dabei ausdrücklich zu erklären und gleichzeitig für die preussischen Ansprüche eine gleiche Beachtung wie für alle übrigen zu verlangen. Auch darin stimmt die königl. Regierung mit der von der kaiserl. Regierung abgegebenen Erklärung

überein, daß sie ihre Rechte an dem gemeinsamen Besitz zu wahren und die Verhütung ihres Beschlittels nicht aufzugeben entschlossen ist, bis eine, ihren eigenen Ueberzeugungen und den Interessen des Deutschen Bundes entsprechende Lösung erzielt sein wird. Unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf die in der heutigen Sitzung fundgegebene diesseitige Rechtsauffassung glaubt der Gesandte schon jetzt die Gewißheit aussprechen zu können, daß eine Erfüllung der durch Annahme des Antrags ausgesprochenen Erwartung nicht in Aussicht steht.“

Schließlich nahm die Bundesversammlung noch einige Privateingaben entgegen, welche den betreffenden Ausschüssen überwiesen wurden.

Frankfurt, 7. Apr. Das Votum, welches der königl. preussische Gesandte in der gestrigen Bundestags-Sitzung abgegeben hat, lautet nach der „Nordd. Allg. Ztg.“: Der Standpunkt, welchen der Gesandte allerhöchste Regierung zu dem vorliegenden Antrag einzunehmen sich verpflichtet erachtet, hat bereits in denjenigen Erklärungen, welche der Gesandte in der Sitzung vom 27. v. Mts. abgegeben die Ehre hatte, ihren unzweideutigen Ausdruck gefunden.

Im Anschluß hieran und zur nähere Erläuterung der für die königl. Regierung bestimmenden Erwägungen ist der Gesandte nunmehr beauftragt, bei der heutigen Abstimmung sein definitives Votum in Folgendem vor hoher Bundesversammlung zu begründen.

Mit Annahme des durch seine Motive erläuterten Antrags würde die Majorität der Bundesversammlung mit früheren Beschlüssen, namentlich mit denen vom 7. und 21. Juli, sowie vom 1. Sept. und 3. Nov. v. J. in Widerspruch treten, indem sie, ohne die Erstattung der früher verlangten Ausschussberichte abzuwarten, ihre Stellung zu der im letzten zu erörternden Rechtsfrage präjudicirte.

Die königl. Regierung würde sich aber an einem solchen Präjudiz theilhaben, wollte sie um Anspruch einer Erwartung mitwirken, welche sie selbst für eine unberechtigte halten muß, weil die vermeintlichen Rechte des Erbprinzen von Augustenburg nicht bloß nicht nachgewiesen sind, sondern nach Ansicht der königl. Regierung auch zum größern Theile nicht nachweisbar sein werden.

Auch hat bisher zwischen den einzelnen Bundesregierungen ein Austausch ihrer Rechtsansichtungen und derjenigen Begründung, welche eine jede derselben speziell für ihre Auffassung zu geben vermag, nicht einmal stattgefunden. Eine solche erste und unerläßliche Grundlage der Verständigung würde durch Bericht des Ausschusses vorzubereiten sein, und in dieser Ueberzeugung hat die königl. Regierung für Verweigerung auch des vorliegenden Antrags an den holländischen Ausschuss votirt.

Sie hält auch jetzt noch dieses ihr Votum aufrecht, lehnt den Antrag selbst aber ab.

Da die Motive des vorliegenden Antrags auf die in der Londoner Konferenz gemachten Vorschläge der k. Regierung Bezug nehmen, so glaubt der Gesandte in dieser Beziehung noch Folgendes bemerken zu müssen: Die königl. Regierung konnte die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg auf der Londoner Konferenz als eine, den damaligen Umständen entsprechende Lösung der kriegerischen Komplikation, als ein Mittel zur friedlichen Verständigung der europäischen Mächte vorschlagen, ohne damit ihrerseits einen zweifelhaften und ausschließlichen Rechtsanspruch des Erbprinzen auf Succession anzuerkennen.

Dieser Vorschlag aber hat mit seiner definitiven Ablehnung auf der Konferenz jede weitere Bedeutung um so mehr verloren, als seitdem die rechtliche und thatsächliche Lage der Dinge eine wesentlich andere geworden ist.

Die königl. Regierung konnte den Antrag damals stellen, ohne anderen als den eigenen Ansprüchen des brandenburgischen Hauses und

Abstraktionen, deren Erfolge nicht ausblieben, wenn ihnen durch die nüchternere Erfahrung die sichere Grundlage geschaffen wurde. Eine der frühesten und fähigsten derselben ist die Lehre von der Kugelgestalt der Erde. Die Chaldäer hatten schon in den Mondfinsternissen den Schatten der Erde erkannt; die Phönizier sahen auf ihren Seefahrten nach dem Norden die nördlichen Sterne mit den entfernten Bergen aufsteigen und die südlichen untergehen; sie sahen den ringsum scharf abgeschliffenen, vom Schiff überall gleichweit abtiefenden Meeresshorizont, aber wir wissen nicht, welche Folgerung diese Völker aus den genannten Thatfachen, die nur eine Erklärung zulassen, gezogen haben. Gewiß ist es jedoch, daß die Griechen diesen Gedanken zuerst in streng wissenschaftlicher Form ausgesprochen haben; ja, sie stellten an verschiedenen Stellen Messungen über die Krümmung und Größe des Erdkörpers an und erdnueten so die wissenschaftliche Prüfung der Annahme der Kugelgestalt.

Weiter fortschreitend auf der Bahn der Weiterklärung, faßten die griechischen Philosophen die Stellung der Erde unter den Gestirnen in's Auge. Die meisten verfehten sie in den Mittelpunkt der Sterne, welche sie nach ihrer Meinung im täglichen Umlauf umkreisten; die pythagoreische Schule aber, geleitet durch ihre schönen Entdeckungen in Geometrie und Arithmetik, bildete ein dem Philolaos zugeschriebenes philosophisches System aus, welches eine höhere Harmonie forderte und in welches die bevorzugte Stellung der unvollkommenen dunkeln Erde nicht paßte. Sie dachten sich in der Mitte der Welt ein Centralfeuer, um welches sich die Erde, sowie die Sonne, der Mond und die fünf damals bekannten Planeten, bewegen sollten. Dies war der erste Keim einer neuen Wahrheit, welcher sich in der Folge weiter entwickelte.

In Betreff Gutschow's, sagt ein Theaterblatt, liegt uns ein Brief seiner Gattin vom 29. März vor, welcher schließlich sagt: „Ich bin glücklich, hinzuzufügen zu können, daß alle Aussicht vorhanden ist, den theuern Kranken in einiger Zeit ganz hergestellt zu sehen.“

denen des Königs Christian, mit welchem sich Preußen bekanntlich im Kriege befand, zu nahe zu treten. Seitdem aber ist in der Person Sr. K. H. des Großherzogs von Oldenburg ein neuer Präsident aufgetreten, dessen Ansprüche ein volles Recht auf die Prüfung seiner Bundesgenossen haben. Seitdem ist ferner, nach Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark, der Friede geschlossen, welcher die Rechte des Königs Christian auf Preußen und Oesterreich übertrug.

Die Königl. Regierung würde daher heute nicht mehr in der Lage sein, den Vorschlag zu wiederholen, welchen sie damals, um den Frieden Europa's herzustellen, im Interesse des einzigen bis dahin öffentlich aufgetretenen Kandidaten machen zu können glaubte. Sie beabsichtigte damit nur in Betreff der Herzogthümer die für den allgemeinen Frieden gefährliche Situation zu einem Abschluss zu bringen, analog denjenigen europäischen Abkommen, welche zu andern Zeiten in Betreff Belgien und Griechenland bewirkt worden sind.

Keinesfalls aber hat ein Rechtstitel, der vorher nicht bestand, durch diesen Versuch einer politischen Verständigung nicht geschaffen werden können.

Stuttgart, 7. Apr. Dem Vernehmen nach sind die neuen Eisenbahn-Vorlagen der Regierung bei der Zweiten Kammer schon bis 9. oder 10. Mai zu erwarten, wo dann erst eine Vertagung von 3 bis 4 Wochen eintreten wird. Für jetzt gehen die Sitzungen noch fort, bis der Kriegsetat vollends zu Ende beraten ist, also jedenfalls noch bis kommenden Dienstag, worauf dann am 24. die Sitzungen wieder aufgenommen und bis zur Vorlegung der Eisenbahn-Gesetze werden fortgeführt werden.

Heute wurden die verschiedenen Gehaltszulagen an die Angehörigen des Kriegsdepartements vollends zu Ende beraten, so daß dann morgen die einzelnen Positionen des Etats selbst in Angriff genommen werden können.

Ehe die erigirte Vöhungsaufbesserung der Feldwebel und Obermänner beraten wird, kommt eine Petition von 120 Bürgern von Saulgau zur Berathung in Betreff der Kriegsdienst-Verhältnisse, insbesondere der Erhöhung der Vöhung der Soldaten. Es ist noch eine ganze Reihe anderer Petitionen aus allen Theilen des Landes in ähnlichem Sinne eingetroffen. Die Finanzkommission hat an die Begutachtung dieser Petitionen folgende Anträge geknüpft:

Die hohe Kammer wolle 1) der Königl. Staatsregierung die Bereitwilligkeit erklären, die Vöhung der Mannschaft vom Grade des Rottenmeisters abwärts um 1 Kreuzer täglich zu erhöhen, und dieselbe um die Einbringung einer Nachergenz zu diesem Zweck bitten; 2) der Königl. Staatsregierung die Frage zur Erwägung empfehlen, wie durch Sparnisse, insbesondere durch Verminderung der Präsenz, die durch den vorkommenden Antrag entstehenden Mehrkosten gedeckt werden könnten.

Hier entsteht eine längere Debatte, wobei eine ganze Reihe von Anträgen aufsteht. Hr. v. D. und Genossen beantragen eine Vöhungserhöhung von 3 Kr., Cavallo von 2 Kr., Wolbach von 6 Kr. Pfäfflin: Jedem Soldaten beim Eintritt unter die Fahne 50 fl. zu Anschaffungen auszubehalten. Grathwohl, Heim und Mater: Die Regierung um Einbringung eines Gesetzentwurfs zu bitten, wodurch bestimmt wird, daß bei der Rekrutierung durchs Loos Befreiten den durchs Loos Getroffenen einen noch näher zu bestimmenden Beitrag zu leisten haben. Rödinger beantragt, über die Frage der Vöhungserhöhung zur Tagesordnung überzugehen.

Bei der Abstimmung wird Rödinger's Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, ebenso der Wolbach's auf 6 Kr. Vöhungserhöhung abgelehnt; der des Hrn. v. D. auf Vöhungserhöhung um 3 Kr. mit dem übrigen Inhalt der Kommissionsanträge angenommen. Die Anträge von Pfäfflin und von Grathwohl werden abgelehnt. Beim letzten tritt jedoch der seltene Fall der Stimmengleichheit, 41 gegen 41, ein, und der Stichtscheid des Präsidenten entschied für v. D.

München, 5. Apr. (Sch. M.) In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer brachte Minister v. d. Pfordten einen Gesetzentwurf ein, die Verlängerung der Ermächtigung zur Anwendung des Bundesreglements in Bezug auf die Bauten der Festung Ulm betr. Minister v. Neumaier legte einen Entwurf vor, die Niederlegung eines permanenten Ausschusses zur vorbereitenden Berathung der neuen sozialen Gesetzgebung betreffend. König Max habe in seiner letzten Thronrede dieselbe in Aussicht gestellt, und das Ministerium habe seine pflichttreue Thätigkeit entfaltet, um das königliche Wort einzulösen. Leider sei zur Stunde die Vorlage dieses Gesamtgesetzgebungswerkes noch nicht möglich, jedoch vorbereitet sei es, und es solle durch dasselbe die Reform der Verwaltung ermöglicht und beschleunigt werden. Es solle nicht nur das Gemeinwohl, die Gemeindeordnung, das Umlagegesetz, sondern auch das Gesetz über Gewerbe, Heimath, Anlagungsmacht und Verehelichung erlegt werden. Das Oberaufsichtsrecht des Staats soll auf das Minimum reduziert werden, dem korporativen Leben die naturgemäße Entwicklung, und der individuellen Arbeitskraft die möglichste Verwerthung gesichert werden. Selbstverständlich werde dieses Gesetzgebungswerk eine längere Zeit zur Berathung in Anspruch nehmen; ja, wenn es gleichzeitig mit den übrigen Landtags-Arbeiten erledigt werden solle, würde es die Dauer der Abgeordnetenversammlung über Jahresfrist hinaus verlängern. Das wäre gegen den Geist des Konstitutionalismus, sowie auch sicher nicht im Wunsch der h. Kammer. Der niederzusetzende Ausschuss hätte nach dem heute vorgelegten Entwurf auch noch nach der Vertagung der Kammer thätig zu sein, ohne daß bezwungen die Kompetenz der Kammer thätig zu sein, geschmälert würde. Kolb bemerkt, es sei bedenklich, wieder einen neuen permanenten Gesetzgebungsausschuss niederzusetzen. Er bitte, diese Sache wohl zu überlegen und deshalb einen eigenen, aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschuss niederzusetzen. Die Kammer wird geschäftsordnungsmäßig in der nächsten Sitzung Beschluß fassen.

Die Fortschrittspartei erläßt folgende Erklärung: Bei einer Besprechung zwischen Abgeordneten der Pfalz und denjenigen, welche der Fortschrittspartei in Bayern angehören, ist anerkannt worden, daß in Betreff der Frage über innere Landesangelegenheiten, deren Lösung dem Landtag obliegt, eine Meinungsverschieden-

heit nicht besteht, und sonach ein einträchtiges Zusammengehen in der Kammer eben so thunlich als geboten erscheint. Anlangend weiter die Haltung in Betreff der Lösung der deutschen Frage, bestand einmüthige Anschauung darüber, daß der Partikularismus, welcher die dem großen Vaterland zu bringenden Opfer scheut und sich weigert, den Theil dem Ganzen unterzuordnen, auf das entschiedenste zu bekämpfen und die Herstellung eines aus Volkswahlen hervorgehenden Parlaments anzustreben sei; daß aber die Frage der deutschen Zentralgewalt im Uebrigen als eine offene, ohnehin nur durch die Macht geschichtlicher Thatfachen zu lösende anerkannt werde, und daß also in letzterer Beziehung vollkommene Freiheit der Anschauung und Wirksamkeit statt habe. Da nun auf solche Weise einerseits ein gemeinschaftlicher Boden praktischer, politischer Thätigkeit, namentlich für zunächst herantretende Fragen in innern Angelegenheiten, gewonnen ist, andererseits selbstverständlich hiedurch die Organisation der Fortschrittspartei in Bayern und das Programm derselben nicht in Frage kommt, so hat sich unter dem Namen „Vereinigte Linke“ eine parlamentarische Fraktion gebildet, welcher zunächst Abgeordnete der Pfalz und die der Kammer angehörenden Mitglieder der Fortschrittspartei beitraten, und zu welcher der Zutritt jedem Mitglied der Kammer offen steht, welches glaubt, mit der Richtung der Männer gehen zu können, die zu gegenwärtiger Vereinigung zusammengetreten sind. Unterzeichnet sind: Dr. M. Barth, Brater, Krämer, Christmann, Umbfcheiden, Böck u. s. w., zusammen 40 Namen.

Wiesbaden, 6. Apr. (N. Fr. Ztg.) In Folge eines gestern gefaßten Kammerbeschlusses sollte heute Sitzung des Abgeordnetenhauses sein, um diejenigen Wahlen zu prüfen, über welche bereits Ausschussberichte vorliegen. Unter diesen Wahlen befanden sich mehrere von Regierungskandidaten, namentlich die der Amtleute Schütz und Wilmann, welche wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt beanstandet waren und wahrscheinlich fallirt werden. Als nun die Sitzung beginnen sollte, zeigte es sich, daß die ganze Meritale und governementale Rechte ausgeblieben war und dadurch die Versammlung beschlußunfähig gemacht hatte.

Die Erste Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung ihren Adressentwurf mit 10 gegen 5 Stimmen an.

Wiesbaden, 7. Apr. (N. Fr. Ztg.) So eben, Nachmittags 4 Uhr, sind beide Kammern auf landesherrliche Verfügung bis 18. d. M. vertagt worden.

Gotha, 5. Apr. (Nat.-Ztg.) In seiner heutigen Sitzung hat der gemeinschaftliche Landtag für die protokollarische Uebereinkunft vom 12. Dezember v. J., den französischen Handelsvertrag betreffend, mit Einstimmigkeit sich ausgesprochen. — Bei der Berathung des gemeinschaftlichen Etats beider Herzogthümer kam es bei der vom Staatsministerium postulirten Summe von 254 Thln. zur Erhöhung der Befoldung des Bundestags-Gesandten der 12. Kurie zu einer langen, ziemlich lebhaften Debatte, da ein Theil der Abgeordneten im Hinblick auf die Unzulänglichkeit des Bundestags keinen Heller mehr als das Allernöthigste für den Bundestags-Gesandten verwilligen wollte. Von Seiten des Ministeriums wurde hervorgehoben, daß das Land zur Besichtigung des Bundestags nicht allein eine moralische, sondern auch eine in der Verfassung begründete Verpflichtung habe, und daß der Gehalt von 8000 fl. für den betreffenden Bundestags-Gesandten Angesichts der hohen Preise in Frankfurt zu niedrig sei; ebenso wurde von einigen Abgeordneten die Nothwendigkeit der Gehaltserhöhung betont, wobei ein Mitglied der Versammlung den Bundestag bei der Unmöglichkeit der Befestigung des Partikularismus als das wesentlichste Beförderungsmittel der deutschen Einheit und als ein Institut bezeichnete, das man schaffen müsse, wenn man es noch nicht hätte. Die Majorität der Versammlung (11—8 Stimmen) erklärte sich aber bei namentlicher Abstimmung gegen die postulierte Gehaltserhöhung.

Weimar, 5. Apr. (Fr. J.) Die gestrige Landtags-Sitzung war von prinzipiell politischer Bedeutung. Es war der Antrag zur Verhandlung, die Regierung um die Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, wonach die Militärgerichtsbarkeit nur auf militärische Vergehen und Disziplinarmathregeln beschränkt werde. Die Majorität des Ausschusses hatte die Annahme empfohlen, während die Minorität die Angelegenheit der Regierung zur Erwägung überwiesen haben wollte. Die Staatsregierung hielt die Angelegenheit für eine politische, die für ein kleines Kontingent nicht allein geregelt werden könne, und sprach sich deshalb H. v. Wagborf für den Antrag der Minorität aus. Der Landtag nahm den Majoritätsantrag bei namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 4 Stimmen an. Der Landtag wird heute durch das Staatsministerium geschlossen.

Hannover, 6. Apr. (Fr. J.) Einem heute eingegangenen Regierungsschreiben zufolge sollen die Stände am 8. d. M. bis zum 25. April vertagt werden. — In der Zweiten Kammer brachte v. d. Horst, Mitredakteur der „Ztg. f. Norddeutschland“, einen Antrag auf Befestigung des Bundes-Preßgesetzes für Hannover ein. Obergerichtsdirektor Neuf beantragte die Einführung eines Diätengesetzes von täglich 1 1/2 Thlr. für auswärtige Geschworne. — In der Ersten Kammer stellte v. Kösting im Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der Schlacht bei Waterloo den Antrag, den Veteranen jener Zeit eine namhafte Unterstützung zukommen zu lassen, wozu Stände ihrerseits gern die Hand bieten werden.

Schwerin, 7. Apr. (Darnst. Ztg.) Die Großherzogin ist heute Morgen von einer Prinzessin glücklich entbunden worden.

Kiel, 6. Apr. (Kreuz-Ztg.) Unser Kieler Hafen ist nunmehr definitiv zur Hauptstation für die Königl. preussische Marine bestimmt. In kurzem werden der Stadt und zwei Kompagnien des in Danzig garnisonirenden Seebataillons nach der Seeseite Friedrichsort verlegt werden.

Berlin, 6. Apr. Unter den schon erwähnten, mit welchen sich das Abgeordnetenhaus heute beschäftigte, befand sich auch eine Beschwerde der Rathsherrn Weinert und Schirach zu Lauban. Sie beschwerten sich wegen eines strengen Verweises, den ihnen die Regierung zu Liegnitz be-

half erteilt, weil sie, trotz des ihnen, als mittelbaren Staatsbeamten erteilten Verbots, Requisitionen der im verfloffenen Jahr von dem Haus der Abgeordneten niedergesetzten Untersuchungskommission zur Feststellung der von der Regierung ausgeübten gesetzwidrigen Beeinflussungen bei den letzten Wahlen irgend welche Folgen zu geben, auf ergangene Vorladung dennoch vor dem Untersuchungsrichter des Kreisgerichts zu Lauban auf die Sache bezügliche Aussagen gemacht. Die Petenten haben sich übrigens noch nicht an den Minister des Innern gewandt, also den Instanzenzug noch nicht erschöpft, weshalb die Kommission zu dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gezwungen war. Diese formelle Sachlage hindert indessen nicht, daß das Haus in eine Diskussion über den interessanten Gegenstand eintritt.

In merman: Der vorliegende Fall zeigt mehr als jeder andere, daß wir uns in einer Revolution von Oben befinden. Hat das Haus das Recht, Untersuchungskommissionen einzusetzen, so hat es natürlich auch das Recht, Vernehmungen anzuordnen und Requisitionen auszuschreiben. Gleichwohl spricht der Minister von einer „so genannten“ Untersuchungskommission. Wenn die Macht des Ministers des Innern nun aber auch groß ist, so kann sie doch nicht greifen in die Macht der Gerichte. Was in dieser Beziehung in Lauban geschehen, ist ein schlechtes Beispiel. Die Regierung sagt sich los von Recht und Gesetz; man könnte im Volke möglicher Weise auf den Gedanken kommen, dasselbe zu thun. Die Regierung handelt wie ein Kaufmann, der vor dem Bankrott steht. Allerdings haben die Petenten den vorgeschriebenen Instanzenzug nicht innegehalten und wir können deshalb in das Materielle der Petition nicht eingehen; aber beschäftigen müssen wir uns mit dem Erlasse des Ministers des Innern, in welchem den etwaigen Requisitionen der Untersuchungskommission Folge zu geben verboten wird. Dieser Erlaß ist eine Verletzung der Verfassung, und daher stimme ich für den Antrag des Abg. Becker. (Bravo!) Der betreffende Antrag lautet: Das Haus wolle erklären, daß jener Erlaß des Ministers des Innern eine Verletzung des Art. 82 der Verfassung sei.

Dr. Becker begründet seinen Antrag aus demselben Gesichtspunkte wie der Abg. Zimmermann.

Der Regierungskommissär: Der Minister des Innern bedauert am Erscheinen geschäftlich verhindert zu sein. Derselbe sei mit dem Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung einverstanden. (Gelächter.) Was den Antrag des Abg. Becker betreffe, so halte es der Minister des Innern nicht für angemessen, über einen derartigen Gegenstand bei dieser Gelegenheit zu verhandeln.

v. Carlowitz: Ich habe noch nie einen Justizminister gesehen, der sich so wie der unfrische einen Eingriff der Verwaltung in die Thätigkeit der Richter hätte gefallen lassen; und es ist sogar anzunehmen, daß der Justizminister das Verhalten der Richter der Verwaltung gegenüber auch noch mißbilligt haben dürfte.

Dr. Jahn (Lubau): Es kommt nicht darauf an, ob die Petenten den Instanzenzug erschöpft, da es sich um eine Verletzung der Verfassung handelt. Das Gute hat die Erklärung des Regierungskommissärs jedenfalls, daß sie auch nicht einmal einen Versuch unternimmt, das Verfahren des Ministers des Innern als verfassungsmäßig hinzustellen. Ein Justizminister, der sich einen solchen Eingriff der Verwaltung in die Justiz gefallen läßt und doch noch auf seinem Posten bleibt, ist kein Mann, der das Ansehen der preussischen Justiz heben könnte. (Bravo!)

Der Regierungskommissär: Er erkläre, daß die Regierung ihr Verhalten nicht für verfassungswidrig halte. (Gelächter.)

Schulze (Berlin): Wir haben in diesen letzten Tagen der Beschwerden genug vernommen, heute tritt uns von dem Allem der Gipfel entgegen. Man nimmt den Leuten das Wahlrecht, denn auf Kommando wählen heißt nicht wählen. Möge man ausharren im Lande; was man unter dem gegenwärtigen System leidet, ehrt den Mann, wie den Krieger seine Wunden ehren. Redner empfiehlt schließlich den Antrag Becker.

Graf Eulenburg: Aus formellen Gründen könne das Haus nur zur Tagesordnung übergehen.

Dr. Birchow: Wenn die Regierung glaubt, daß sie sich im Recht befinde, warum spricht sie es dann nicht mit materiellen Gründen aus? Dadurch, daß man sich hinter leeren Formalismus zurückzieht, verhandelt man sich nicht. Redner empfiehlt das Amendement Becker bringen.

Der Regierungskommissär: Was ich gesagt, habe ich im höchsten Auftrag gesagt. Das Amendement ist ganz neu, außerdem ist zu den Berathungen der Kommission der Minister des Innern nicht eingeladen worden. Gibt man dem Hrn. Minister Gelegenheit, sich zu äußern, so wird er gewiß gern volle Aufklärung geben.

In Folge dieser Erklärung beantragt der Abg. Zimmermann, die Petition in die Kommission zurückzuverweisen. Dieser Antrag wird angenommen.

Berlin, 7. Apr. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses eröffnete der Präsident mit einem warmen Nachruf an den so eben verstorbenen Abg. Handelskammer-Präsidenten Rönne. Das ganze Haus erhebt sich zur Zustimmung. Aus den Verhandlungen heben wir Folgendes aus:

In Betreff des Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke von 31,000 Thln. beantragt die Kommission Strich. Abg. Ritsche-Gollande befürwortet dagegen die Bewilligung. Der Minister des Innern will nicht wieder die Gründe anführen, welche für die Bewilligung sprechen; er macht aber darauf aufmerksam, daß das Haus mit dieser Streichung die erste Schwierigkeit für das Zustandekommen des Etats schaffe. v. Hennig: Wenn die Regierung einmal unbefangene ihre Presse ansehen wollte, so würde sie einsehen, daß die Streichung dieser Fonds in ihrem eigenen Interesse liege; das Haus könne nicht Geld bewilligen, damit die Staatsregierung Pamphlete gegen dasselbe schreiben und durch Genarben verbreiten lasse. Staatsgelder können nicht bewilligt werden, um das Interesse einer kleinen Partei zu fördern. Minister des Innern: Der Preßfonds ist kein Vertrauensdootum; jede Regierung braucht ihn nothwendig. Abg. v. Binde-Dibendorf: Für Bewilligung, weil der Konflikt sonst verschärft werde, den in seinem Sinne zu lösen das Haus nicht die Macht habe. Abg. Jung: Die Macht des Hauses sei oft lange latent, trete dann aber drohend hervor. Was sie errungen, müsse das Haus bewahren. Durch Streichung des Fonds werde der Etat zu einem konstitutionellen. Abg. v. Blau- denburg: Er habe oft gegen andere Ministerien sein Mißtrauen ausgesprochen, aber nie diesen Fonds verweigert; derselbe sei für den Staat nothwendig. Das Herrenhaus habe darauf verwiesen, daß

diese Streichung einer der Gründe für die Verwerfung des Glats sei. Streiche das Haus den Fonds, so folge es der Theorie v. Kirchmann's. Er fürchte nur Revolutionen von Oben, und diese fördere man durch solche Beschlässe. Abg. v. Hoyerbed: Das Haus habe nicht zu fragen, was das Herrenhaus thun werde, sondern nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Glaube der Minister, daß er ohne den Fonds nicht regieren könne, so stehe ihm frei, zurückzutreten. Abg. v. Uruß: In England besitzen keine geheime Fonds für die Presse; es ist daher unrichtig, daß sie jeder Regierung unentbehrlich seien. In allen konstitutionellen Ländern haben geheime Fonds den Charakter des Vertrauensvotums. Das Land und die Majorität des Hauses wünschen einen Kompromiß; aber zu einem Kompromiß gehören zwei: legt Einer den ganzen Weg zurück, so heißt es Unterwerfung. Das Ministerium sage, es wünsche Verbesserung; aber es konzebiere keinen Mann, keine Woche Dienstzeit, keinen Thaler. Es scheine, als wolle man nur verhöflich sprechen, aber nicht verhöflich handeln, um die Verwaltung aufrecht zu erhalten, welche der Vorredner bezeichnet. Es folgen noch v. Binde, Becker (Dortmund), v. Hennig, der Minister des Innern, Freese (Minden), v. Sauten (Gerbau), Laster. Nach persönlichen Bemerkungen der H. v. Hoyerbed, v. Binde, v. Uruß, v. Wandenburg resumirt der Referent Ahmann die Debatte und die 31,000 Thlr. werden abgeleht.

Beim Uebergang zu dem Etat des a u s w ä r t i g e n Ministeriums trat Hr. v. Bismarck ein. Abg. Birchow machte auf die Abnahme der Intraden aus den Konfulareinnahmen in der Türkei aufmerksam. Minister v. Bismarck: Die Verminderung der Einnahme betrage nur 1500 Thlr. Der eingeforderte Bericht über die Ursachen sei noch nicht eingetroffen. Ueber die Höhe der Gesundheitsgebühren, namentlich über die für Konstantinopel mehr geforderten 4000 Thlr. entfiel eine Debatte, in welcher Hr. v. Bismarck die Mehrforderung motivirt, Birchow ihr entgegentritt, wogegen v. Benda die Bewilligung vertritt, ebenso v. Binde (Dibendorf); Referent Ahmann vertheidigt den Absetzungsantrag der Kommission. Die Ablegung wird beschloffen. Ferner wird lebhaft über die von der Kommission empfohlene Absetzung von 6000 Thlrn. für einen Militärbevollmächtigten in St. Petersburg diskutiert, die Ablegung jedoch schließlich beschloffen und auch im Uebrigen der Etat nach den Kommissionsanträgen genehmigt.

Wien, 6. Apr. Es wird uns versichert, daß — wahrscheinlich aus der letzten Hälfte des Monats März — eine Instruktion an die Gesandten Rußlands an den deutschen Höfen ergangen ist, welche denselben nochmals den Standpunkt der russischen Regierung in der Herzogthümerfrage ausführlich darlegt und sie anweist, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit sich den betreffenden Höfen gegenüber in diesem Sinne zu äußern. Es soll betont sein, daß Rußland fort und fort entschlossen sei, in der durchaus reservirten Stellung zu verharren, welche es sich durch die Uebertragung seiner Rechte an den Chef des jüngsten Zweiges seines Hauses (an Oldenburg) auferlegt, und daß es Wert darauf lege und die Hoffnung habe, es werde die Einsicht und die Mäßigung jeder einzelnen deutschen Regierung derjenigen Lösung eine bereitwillige Mitwirkung leihen, welche mit Fernhaltung aller selbstsüchtigen Bestrebungen und unter voller Wahrung der berechtigten Einflußnahme des Bundes die nur zu lange schon offene Frage definitiv zu schließen geeignet erscheinen könnte. Unter allen Umständen aber, und gleichviel wer schließlich in Schleswig-Holstein zu herrschen berufen werden möchte, werde Rußland darauf bestehen müssen, daß derselbe mit allen Attributen der Souveränität die Herrschaft über einen selbständigen Staat antrete.

Wien, 7. Apr. (Fr. P.-Ztg.) Im Handelsministerium hat heute die erste Sitzung der Enquete-Kommission zur Einleitung eines englisch-österreichischen Handelsvertrags stattgefunden.

Wien, 7. Apr. (Köln. Ztg.) Nachdem Württembergs und der beiden Hessen Zustimmungen zum Handelsvertrag mit dem Zollverein eingetroffen sind, soll nur noch Bayern mit an sich unbedeutenden Ausstellungen der Unterzeichnung entgegenstehen.

Italien.

Turin, 6. Apr., Abends. Die Abgeordneten-Kammer hat den Gesetzentwurf in Betreff der Vergrößerung des Territoriums und der Stadt Florenz angenommen. Die Diskussion des Gesetzentwurfs bezüglich der Eisenbahnen wurde sodann wieder aufgenommen. Hr. Correnti, Berichterstatter, beschloß seine Rede mit einer detaillirten Prüfung der mit den Kompagnien abgeschlossenen Verträge.

Rom, 6. Apr., Abends. Heute früh wurde in der Sixtinen Kapelle im Vatikan ein feierliches Amt zum Gedächtniß an den verstorbenen König von Bayern abgehalten. Der Papst gab die Absolution. Der König Ludwig, Vater des Verstorbenen, der König und die Königin von Neapel, die königl. Familie von Neapel, das heil. Kollegium und das diplomatische Korps wohnten dieser Zeremonie bei.

Frankreich.

Paris, 7. Apr. Verhandlungen des Gesetzgeb. Körpers vom 6. Apr.

Die Rede, welche J. Simon in der Sitzung vom 5. begonnen und gestern beendet hat, behandelt beinahe ausschließlich das Verhältnis, in dem gegenwärtig der Bürgermeister zur Regierung und zur Gemeinde steht. Er würde sich schon mit der bescheidenen Erregung begnügen, daß die Regierung künftig ihre Bürgermeister aus der Mitte der von der Gemeinde gewählten Gemeinderäthe wähle. Ueber die spezielle Lage von Paris verbreitete sich der Redner nicht, er überläßt dies seinem Freunde Picard. Nur hebt er hervor, daß trotz der vielen Neubauten der Mangel an entsprechenden Wohnungen für die arbeitende Klasse, zu 120 Fr. für den einzelnen, zu 240 Fr. für den verheiratheten Arbeiter, immer sichtbar werde. Persönlich beklagt sich J. Simon nicht über die Verschönerungen von Paris, nur möchten sie zur richtigen Zeit vorgenommen werden, um so mehr, als Paris seine Herrlichkeit etwas sehr theuer mit seinen Rechten bezahlen müsse.

Rouilleaux-Dugage sucht, als Mitglied der Adresskommission, das Amendement der Opposition zu bekämpfen, und darzutun, daß die Bürgermeister, ihren Funktionen nach, weit mehr noch die Agenten der Administration und der Zentralgewalt, als die Vertreter der Gemeinde seien, und daß darum die Regierung einen überwiegenden

Einfluß auf ihre Ernennung ausüben müsse; doch wäre er selber nicht dagegen, daß die Regierung in den regelmäßigen Fällen „gewöhnlich“ die Bürgermeister aus dem Gemeinderath nehmen würde.

Picard unterwirft nun das System (und die Verwaltung des Seine-Präfekten einer halb scherzhaften, bald bitteren Kritik, und beleuchtet sie vom finanziellen, volkswirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus. Wie aus seiner und nach ihm aus Gueroul's Rede hervorgeht, haben die unbedachten und herausfordernden Worte, die der Präfekt vor einigen Monaten bei einem offiziellen Banquet über den Charakter der Pariser Bevölkerung und den Ausfall der letzten Deputirtenwahlen gesprochen, ungemein viel böses Blut gemacht. „Wir dürften wohl — sagt Picard — etwas leidenschaftlich werden, denn heute erst können wir zum Worte gelangen, um auf die Reden zu antworten, welche jener Verwaltungsbeamte bei Schluß der Generalratsitzung gehalten, und in der er die Wahlen mit den Uebertragungen eines Straßenauftrags verglich. Doch wollen wir ihm verzeihen; seine Rede wurde inter pocula gehalten, und da muß man über gar Vieles wegschauen. Uebrigens war er auch etwas unser Gast (das fragliche Banquet wurde im Namen der Stadt Paris gegeben), und dies hätte er eigentlich nicht vergessen sollen.“ Picard bespricht ausführlich die Finanzlage der Stadt, ihre Stellung zum Credit foncier und der Immobiliargesellschaft, und den Nachtheil, daß die Kapitalien der ersten Gesellschaft, zum Vortheil der Unternehmungen des Hrn. Präfekten, dem Aderbau vorenthalten werden; über die auf 30 Millionen veranschlagte, und dabei von den medizinischen Autoritäten mißbilligte Erbauung des Hotel Dieu, die Verlegung der Generalpostdirektion etc.

Granier aus Cassagnac bemüht sich nachzuweisen, daß die Ausnahmestellung von Paris keineswegs ein Werk des zweiten Kaiserreichs sei. Seit Anfang des Jahrhunderts, unter allen Regierungen, die auf einander gefolgt, habe es besondere Gesetze in Bezug auf die Verwaltung des Seine-Departements gegeben. Was die Angriffe Picard's anbelangt, so versichert Hr. Granier, daß, wenn man eine Verwaltung nach dem Stand ihrer Finanzen beurtheilen wolle, die Stadt Paris die bestverwaltete Stadt auf der ganzen Erde sei.

Guéroult beantragt, wenn denn immer die zentrale Bedeutung von Paris für das ganze Land über deren municipale Selbstständigkeit gestellt werden solle, so möge man wenigstens die Kontrolle über die Verwaltung und die Finanzen von Paris dem Gesetzgeb. Körper zuflehen.

Magnin spricht für einen andern Theil des Amendements, über die Ernennung der Präfekten der Generalräthe durch die Regierung.

Staatsminister Rouher erwidert auf die verschiedenen Angriffe der Opposition. In Bezug auf die Ausnahmestellung von Paris theilt er vollkommen die Anschauungen des Hrn. Granier; wie gefährlich der Konflikt der Administrativbehörden an der Zentralstelle selbst werden könne, habe man erst kürzlich in Turin gesehen. Die Finanzlage der Stadt sei in dem blühendsten Zustand, und wenn später zur rascheren Vollendung vieler in Aussicht genommenen großen Unternehmungen ein Anlehen gemacht werden soll, so würden alle auf die Finanzlage bezüglichen Aktienstücke vorgelegt und alle Aufschlüsse von der Regierung auf das bereitwilligste erteilt werden. Der Umbau des Hotel Dieu und die Verlegung der Post sei nicht das Werk des Seine-Präfekten. Zuletzt erteilt der Hr. Minister noch dem Abg. Picard einen Wink wegen seines ungebührlichen, spöttischen Tones, einem so hohen Beamten gegenüber, und Ausdrücke zu gebrauchen, deren sich nachher die Bewilligkeit des Publikums bemächtigt.

Pelletan bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß es dem Minister nicht ansehe, einem Abgeordneten Lehren zu erteilen; es sei dies ungehörig das Recht der Abgeordneten dem Minister gegenüber.

Was die andern, von Jules Simon und Magnin angelegten Punkte betrifft, so findet Hr. Rouher, daß der Bürgermeister nur ein Agent der Exekutivgewalt ist und nur von der Regierung ernannt werden kann. Uebrigens — versichert er — ist die Regierung entschlossen, von dem Rechte, die Bürgermeister außerhalb des Gemeinderaths zu ernennen, nur in besonderen Fällen, bei Ausnahmegerlegenheiten, Gebrauch zu machen; sie ist entschlossen, sich die Ernennung des Bürgermeisters aus dem Gemeinderath zur Regel zu machen. Deshalb sollen auch erst nach den in diesem Jahre stattfindenden Gemeinderaths-Wahlen die Bürgermeister gewählt werden. (Das letzte Mal wurden die Bürgermeister vorher ernannt.) (Starke und anhaltende Zustimmung.)

Picard verlangt nun zur Erwiderung auf die Ausfälle des Ministers das Wort, allein die Versammlung ruft zahlreich nach dem Schluß. Erst auf sehr energische Reklamationen von J. Favre läßt sich der Präfekt bestimmen, Picard das Wort zu geben. Derselbe meint, was die persönliche Angelegenheit betreffe, derselben keine größere Wichtigkeit beilegen zu sollen, als sie wirklich besitze, und hält sich nur an den letzten Erklärungen des Ministers. Das Zugeständniß, nur in Ausnahmefällen die Bürgermeister nicht aus dem Gemeinderath wählen zu wollen, sei nur eine neue Form der diskretionären Gewalt; „denn, meine Herren, die Ausnahmefälle sind immer wir, die Opposition.“

Das Amendement wird schließlich mit 209 gegen 26 Stimmen verworfen.

Paris, 7. Apr. Die Verlegung der Hauptstadt Italiens nach Florenz hat seit einigen Tagen begonnen. Ein großer Theil der Beamten am Finanzministerium ist bereits in der neuen Residenz eingetroffen; die übrigen werden in den ersten Tagen nächsten Monats nachkommen. Die Ueberstielung des Ministeriums des Innern wird den 10. Mai vollendet sein. — Nach der „Patrie“ ist in Algier aus Setif eine Depeche eingetroffen, wonach eine neue Expedition gegen die Babors vorbereitet wird. Die Kolonne des Generals Dumont sollte die Operationen demnächst beginnen. — Einem Gerücht zufolge würde der König der Belgier auf der Rückkehr aus England nach Paris kommen, um wegen der seinem Schwiegersohn in Mexiko von Frankreich noch zu leistenden Unterstützung mit Napoleon III. zu konferiren. — Rente 67.80, Cred. mob. 826.25, ital. Anl. 65.95.

Spanien.

Madrid, 6. Apr., Abends. Die Abtheilungen der Abgeordneten-Kammer haben einen Vorschlag angenommen, der darauf hinführt, das Gesetz vom Juni 1864 betreffs der Unvereinbarkeiten bei den Wahlen aufzuheben.

Niederlande.

Haag, 7. Apr. (A. Z.) Die Regierung hat so eben dem Staatsrath einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe unterbreitet.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Apr. „Dagbladet“ berichtet, daß der Oberpräsident Braestrup zur Vervollständigung des Cabinets telegraphisch aus Berlin abberufen wurde. — In der heutigen Sitzung der zweiten Reichsraths-Kammer stand der Antrag des Orlogskapitans Turen hinsichtlich der Zulassung schleswig-holsteinischer Fahrzeuge zur dänischen Küsten-Schiffahrt (in Voraussetzung der Gegenseitigkeit) zur zweiten Lesung. Von verschiedenen Seiten wurde die Zweckmäßigkeit des Antrags bestritten und auch die Alleinberechtigung des Reichstages zur Erledigung der Angelegenheit behauptet; doch erfolgte der Uebergang von der zweiten zur letzten Lesung mit 49 gegen 23 Stimmen.

Baden.

Schopfheim, 8. Apr. Gestern Abend wurde der Gedächtnistag des 7. Apr. 1860 im Gasthaus „zu den drei Königen“ dabei von einer ansehnlichen Zahl der hiesigen Einwohner in feierlicher Weise begangen.

Vermischte Nachrichten.

Leipzig, 6. Apr. Vorgefien bereits haben freiwillig über 100 Buchdruckerhelfen, lauter jüngere unverheirathete Leute, unsere Stadt verlassen, um anderwärts Arbeit zu suchen und der hiesigen Unterstufungskasse nicht zur Last zu fallen. Denn wie die Prinzipale fest zusammen halten, um den von den Gehilfen geforderten Tarif abzumehren, so herrscht unter den Letztern ebenfalls eine seltene Eintracht. Muß natürlich unter der Arbeitseinstellung der Druck der größeren Werke stark leiden, so werden doch die Zeitungen und Lokalblätter nicht davon berührt; sämmtlich erscheinen sie in der seitherigen Weise fort, und Brodhaus verspricht das auch für die Folgezeit für alle bei ihm gedruckten Blätter. Nur der „Telegraph“ bittet unter den gegebenen Verhältnissen „um Nachsicht“, und der „Vorzeiger“ verlangt die Inserate für einen früheren Termin. Unter den Gehilfen, die sich im Interesse der Andern der Arbeitseinstellung angeschlossen haben, befinden sich Leute, die 20 und mehr Jahre in demselben Haus gearbeitet und 6 und 8 Thlr. wöchentlich verdient haben. — Auch unter den Schneidergesellen ist nach dem Vorgang der Breslauer eine Bewegung im Gang, indem Erhöhung des Lohns angesprochen wird.

Cernfärde, 5. Apr. (S. N.) Die Feier zum Gedächtniß des Sieges bei Cernfärde im Jahr 1849 am Grabe Preusser's ging heute unter ungemein zahlreicher Theilnahme der Kampfgesellen aus allen Gauen des Landes vor sich. Vor der Stadt wurden die Gäste vom hiesigen Kampfgesellenverein feierlich begrüßt. Am Grabe begann die Feier, welcher auch der Vater des Helden, Major a. D. Preusser, beiwohnte, um 12 Uhr. Pastor Hamann hielt die Einweihungsrede. Das Denkmal wurde von Jungfrauen bekränzt. Der Zug zählte, als er sich nach dem Kirchhof bewegte, gegen 1000 Kampfgesellen mit 60 Fahnen. Die Stadt trägt ein Festgewand: zahlreiche Ehrenposten, Guirlanden mit Sinnsprüchen von Haus zu Haus, und Fahnen auf jedem Dache.

Slogau, 1. Apr. (Schl. Ztg.) Heute wurde bei dem hiesigen königl. Kreisgericht die Appellations-Rechtsfertigungsschrift in dem Rohlendampf-Prozess gegen die Redaktion des „Niederschlesischen Anzeigers“ überreicht. Es war ein 50 Bogen umfassendes Aktenstück, dem die Gutachten des Professors Mascha in Prag und des Privatdozenten Dr. Sulmann in Göttingen beigelegt waren. Der Termin zur Verhandlung der Sache in zweiter Instanz dürfte bis Ende Mai hinausgeschoben werden.

Die berühmte italienische Sängerin Pasta, die Nebenbuhlerin der Catalani und Vorgängerin der Grisi, ist am 4. April auf ihrer Villa am Comersee gestorben. Sie hat in Bellini's Opern eine glänzende Reihe von Rollen geschaffen, darunter Norma und die Nachtwandlerin. Ihre Glanzperiode fiel in die Jahre 1824—1830. Eine große Koloraturängerin soll sie nie gewesen sein, was allerdings etwas befremdend klingt, wenn man bedenkt, daß die „Sonnambula“ für sie geschrieben wurde. Ihr tragisches Pathos aber erregte, was ihr an Geläufigkeit und in spätern Jahren an Schönheit der Stimme abging. Die Rolle der Norma hat sie „geschaffen“ und dann der Grisi übermacht, die ihrem ganzen Naturell nach gerade in der Darstellung dieses Charakters Außerordentliches leistete. In Paris war die Malibran die gefährlichste Nebenbuhlerin der Pasta. Judith Pasta stammte aus einer jüdischen Familie und war im Jahr 1798 zu Serrano bei Mailand geboren.

Nachschrift.

Telegramme.

Kopenhagen, 7. Apr. (W. L.-V.) Der Oberpräsident von Kopenhagen, Hr. Braestrup, hat das Justiz- und Kultusministerium übernommen, und bereits der heutigen geheimen Staatsraths-Sitzung beigewohnt. Seit gestern ist die Schiffahrt offen.

London, 7. Apr. (W. L.-V.) Im Unterhaus erklärte heute der Staatssekretär des Innern, Sir George Grey, daß die russischen Schiffe quarantänefrei bleiben. Auf eine Anfrage des Lord Elcho erwidert der Staatssekretär des Innern, Sir Edward Cardwell: vier Mitglieder der canadischen Regierung würden nach London kommen, um Konferenzen über die zur Vertheidigung Canada's zu ergreifenden Maßregeln beizuwohnen; die Regierung werde aber ohne Bewilligung des Parlaments nichts Wichtiges beschließen. Auf eine Anfrage Sir Harry Verney's antwortet der Unterstaatssekretär Layard: England mische sich nicht in die Angelegenheit der Herzogthümer; seit vorigem Jahr sei die Lage derselben anomal, deshalb habe England die provisorische Flagge anerkannt, ohne damit irgendwelche Rechte Oesterreichs, Preußens oder des Deutschen Bundes statuiren zu wollen. Sir Francis Goldsmid tabelt Preußen, welches ohne Rücksicht auf die Interessen der Herzogthümer seine Partikularinteressen verfolge.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

| 7 April. | Barometer. | Thermometer. | Wind. | Himmel. | Witterung. |
|---------------|------------|--------------|-------|------------|----------------|
| Morgens 7 Uhr | 28° 1,62 | + 60 | N.O. | schw. bew. | feiter, frisch |
| Mittags 2 " | " 0,86" | + 14,5 | " | " | warm |
| Nachts 9 " | " 0,30 | + 11,5 | " | " | mild |

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

